

Zur politischen Ökonomie der Corona-Krise

von Arno Brandt und Torsten Windels¹

Ursache und Wirkung der Corona-Krise

Nach allem was wir wissen, hatte die Corona-Epidemie im Jahr 2019 in der chinesischen Stadt Wuhan ihren Ursprung. Diese Pandemie sowie die sehr unterschiedlichen gesundheitlichen Folgen stehen nicht jenseits der gesellschaftlichen Verhältnisse, sondern sind selbst Ausdruck menschlichen Handels und damit menschengemachter Entwicklungen. Die Corona-Krise ist historisch bedingt, weil sie auf Voraussetzungen beruht, die insbesondere in den letzten Jahrzehnten geschaffen wurden². Vor allem die durch den Raubbau an der Natur rückläufige Diversität hat die Wahrscheinlichkeit lebensbedrohlicher Rekombinationen erhöht³. Da die Menschen Teil der Natur sind, hängen die Gesundheit unserer Ökosysteme und die Gesundheit der Menschen voneinander ab: Mit zunehmender Zerstörung der Biodiversität steigt die Wahrscheinlichkeit, dass Viren überspringen.⁴

Der Prozess der umfassenden Globalisierung von Handel, Finanzwelt, Lieferketten, Arbeitsmärkten, Tourismus, Wissenschaft und Kultur hat die Diffusion der Pandemie und ihre ökonomischen Folgewirkungen im weltweiten Maßstab beschleunigt. Die Frage der globalen Interdependenz und Beschleunigung zählt im Gegenwind zum Mainstream der zurückliegenden Jahrzehnte mittlerweile zu den wissenschaftlichen und politischen Diskursen, die zunehmend auf den Prüfstand gestellt werden⁵.

„Die gegenseitige Abhängigkeit von Staaten und Ökonomien hat ein bedrohliches Ausmaß angenommen. Die lokale Epidemie, die in China in einer Region begann, hat sich in kürzester Zeit als Pandemie über den gesamten Globus ausgebreitet und eine Spur der ökonomischen Verwüstungen und Destabilisierungen nach sich gezogen. Nur langsam rückt es ins Bewusstsein: solange die Pandemie in anderen Ländern nicht unter Kontrolle gebracht ist, sind wir gefährdet; und solange die Wirtschaft in anderen Ländern nicht wieder läuft, wird die Wirtschaftskrise auch bei uns weitergehen. Wir haben es mit systemischen Risiken einer globalisierten, interdependenten Welt zu tun“⁶. Nach Dani Rodrik verstärkt die Pandemie den ohnehin schon seit einigen Jahren zu verzeichnenden Trend einer Verlangsamung des Globalisierungsprozesses. „Der internationale Handel hat bereits nach der Weltfinanzkrise 2008 seinen Schwung verloren. Internationale Kapitalströme haben sich bis heute nicht erholt, vor allem nicht in Europa. Die globalen Wertschöpfungsketten sind nicht mehr wie früher gewachsen⁷. Das vorläufige Ende der „Hyper-Globalisierung“ verweist auf erhebliche Probleme im aktuellen Akkumulationsregime. Die Corona-Krise bietet die Chance, die ökonomischen Verflechtungen (Lieferketten) auch unter dem Gesichtspunkt der Resilienz zu reorganisieren und dabei Arbeitsschutzbestimmungen auch international stärker Geltung zu verschaffen (Lieferkettengesetz).

Die sich über die globalen Lieferketten und Arbeitsmigrantenströme schnell ausbreitende Pandemie hat vor allem dort große Schäden angerichtet, wo die Luftverschmutzung besonders hoch war. In Europa waren vor allem die Lombardei (Norditalien) und die Region Madrid (Spanien) Hotspots der Pandemie. Sie zählen zu den am stärksten durch Feinstaub und Stickoxi-

1 Dr. Arno Brandt ist Ökonom (Schwerpunkte: Regional- und Innovationsökonomie sowie Strukturpolitik) und lebt in Lüneburg. Von 1990-2012 war er als Bankdirektor in der NORD/LB tätig. In Hannover ist er Vorsitzender des „Forums für Politik und Kultur e.V.“ und Mitglied des Koordinierungskreises der Keynes Gesellschaft Regionalgruppe Nord. Außerdem ist er Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates des SPD Wirtschaftsforums.

Torsten Windels (Hannover) war von 2007-2018 Chefvolkswirt der NORD/LB und koordiniert die im Januar 2019 gegründete Regionalgruppe Nord der Keynes Gesellschaft.

2 Kindsmüller, W. (2020): Die Corona-Krise als Strukturkrise des Kapitalismus, Diskussionspapier, unveröffentlichtes Manuskript, Kaarst, S.2.

3 DER SPIEGEL (2020): Gefahr aus der Höhle, 04.04.2020, <https://magazin.spiegel.de/SP/2020/15/170323296/>.

4 Schulze, S. (2020): Klimaschutz in der Corona-Krise, <https://www.bmu.de/interview/venja-schulze-ueber-klimaschutz-in-der-corona-krise/>

5 Gänger, St., Osterhammel, J. (2020): Denkpause für Globalgeschichte, in: MERKUR, August, S. 82.

6 Läßle, D. (2020): Zur Aktualität der Produktiven Stadt in Zeiten der Pandemie, unveröffentlichtes Manuskript, Hamburg.

7 Dani Rodrik (2020): Amerika sollte China nicht drängen, weniger Staatsunternehmen zu haben (Interview), FAZ vom 27.04.2020.

de belasteten Regionen in Europa.⁸ „Todesfälle sind höher in Regionen, in denen auch hohe Luftverschmutzung die Atemwege strapaziert hatte. Obduktionen zeigen Vorbelastungen mit Diabetes, Übergewicht und Bluthochdruck, also Phänomene, die vorher schon als Zivilisationskrankheiten bezeichnet wurden.“⁹ Nach einer US-Studie steigt die Sterblichkeit einer Covid-19-Infektion um 8 Prozent, wenn die Feinstaubbelastung (PM 2,5) um $1 \mu\text{g}/\text{m}^3$ steigt.¹⁰

Die globale Pandemie traf weltweit auf Gesundheitssysteme, die der Zerstörungskraft des Virus vielfach nicht gewachsen waren. In Europa hat die durch die im Nachgang der Weltfinanzmarktkrise von 2008/2009 befeuerte Austeritätspolitik insbesondere in den südeuropäischen Nachbarländern zu einer massiven Schwächung des dortigen Gesundheitswesens geführt: „Wir haben im Zuge des Neoliberalismus in sehr vielen Ländern eine starke Privatisierung und eine damit einhergehende renditebedingte Verschlingung von Gesundheitssystemen erlebt“¹¹. Dadurch waren diese Länder nur unzureichend in der Lage, die Pandemie zu bewältigen. Aber auch in Deutschland ist der Care-Sektor durch die zunehmende Ökonomisierung gesundheitlicher Dienstleistungen in Mitleidenschaft gezogen worden. In weiten Bereichen des Gesundheitssystems wurden die Prioritäten zulasten der Arbeits- und Lebensqualität der dort Beschäftigten und zugunsten der Profitabilität des „Gesundheitskapitals“ verschoben: „mehr privater Profit bei höherem gesellschaftlichem Risiko, das nennt man Effizienz und nach uns die Sintflut. Sicherheit für die Kunden und Bürger ist langweilig für das nach ‚schöpferische Zerstörung‘ lechzende Kapital“¹². Die Steuerung von Krankenhäusern

nach der Logik eines Hotels mit einer maximalen Bettenauslastung steht im Konflikt mit den Vorsorgeansprüchen der Gesellschaft an ein Gesundheitssystem. Fehlendes qualifiziertes Pflegepersonal, unzureichende Beatmungsgeräte, Medikamente und Schutzbekleidung waren daher auch in Deutschland die Folge. Wie unter einem Brennglas hat die Pandemie die Schwächen in den Pflegeeinrichtungen offengelegt, die aufgrund ihrer Kostenorientierung keine Vorsorge für den Fall einer Pandemie getroffen hatten.

Die Corona-Pandemie führt nicht nur zu schwerwiegenden Folgen für die vom Virus infizierten Bevölkerungsgruppen, sondern hat auch sozial selektive Konsequenzen zu Lasten von Menschen, die ohnehin sozial benachteiligt sind. Auch in diesem Kontext erweist sich die Pandemie als Trendverstärker und verschärft damit die bestehenden sozialen Ungleichheiten. Nach einer WSI-Studie haben Erwerbstätige mit niedrigeren Einkommen deutlich mehr unter den wirtschaftlichen Folgen zu leiden als Menschen mit höheren Einkommen. Sie haben beispielsweise deutlich häufiger schon Einkommen eingebüßt, bei Kurzarbeit erhalten sie seltener eine Aufstockung des Kurzarbeitergeldes und sie fürchten etwa doppelt so häufig, als Folge der Pandemie ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Die WSI-Studie zeigt auch die ungleiche Wirkung der Folgen der Krise auf die Geschlechterbeziehungen. Traditionelle Rollenmuster drohen, sich unter den Corona-Bedingungen wieder einzuschleifen.¹³ Vergleichbare Ergebnisse lassen sich auch für Kinder aus einkommensschwächeren Haushalten feststellen. Nach einer jüngst veröffentlichten Studie der Universitätsklinik Leipzig trifft der Lockdown Kinder aus sozial schwachen und bildungsfernen Haushalten am stärksten¹⁴. Auch hier zeigt sich, dass die Corona-Krise die Kinderarmut verstärkt¹⁵, wobei Kinder und Jugendliche, die von Corona-bedingten Schulschließungen betroffen sind, generell als Bildungsverlierer aus der Krise herauskommen¹⁶. Besonders schwerwiegende

8 European Environment Agency (EEA), Air quality in Europe – 2019 report, S. 26-34, <https://www.eea.europa.eu/publications/air-quality-in-europe-2019>, Ogen, Yaron: Assessing nitrogen dioxide (NO2) levels as a contributing factor to the coronavirus (COVID-19) fatality, Science of the Total Environment, 15. Juli 2020 (<https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0048969720321215>).

9 Maja Göpel, zitiert in: Encke, J.: Warum wir gerade lieber Drostens als Sloterdijk hören, FAZ vom 24.04.2020, vgl. Auch (<https://www.umweltbundesamt.de/coronaviren-umwelt#gibt-es-einen-zusammenhang-zwischen-covid-19-inktionen-mit-dem-neuartige-coronavirus-sars-cov-2-und-luftverschmutzung>).

10 Wu, Xiao Wu; Nethery, Rachel C.; COVID-19 PM2.5 – A national study on long-term exposure to air pollution and COVID-19 mortality in the United States, April 2020 (Update vom 24.04.2020), <https://projects.iq.harvard.edu/covid-pm>.

11 Reckwitz, A. (2020): Die Corona-Krise spaltet die sozialen Milieus neu (Interview), in: Der Tagesspiegel vom 13.04.2020.

12 Streeck, W. (2019): Vorwort zu: Foundational Economy Collective (2019): Die Ökonomie des Alltagslebens, S. 11.

13 <https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-coronakrise-verscharft-soziale-ungleichheit-25092.htm>.

14 FAZ vom 04.08.2020: Lockdown mit Folgen.

15 HAZ vom 27.06.2020: GEW: Corona zeigt die Krise des Schulsystems.

16 FAZ vom 25.06.2020: Unabsehbare Schäden. Die Generation der Bildungsverlierer: Corona, Schulschließungen und ihre Folgen.

Folgen hat die Krise überdies in den Ländern des globalen Südens, in denen sie die ärmsten Bevölkerungsschichten mit voller Wucht trifft¹⁷. Die größten Verlierer sind in diesem Zusammenhang weltweit die Arbeitsmigranten, wobei die durch die Ausbeutungsverhältnisse in der deutschen Fleischindustrie (und anderen Bereichen der Agrarwirtschaft) bedingten Corona-Hotspots ein Schlaglicht darauf werfen, dass das Elend der Arbeitsmigranten schon seit langem einen inakzeptablen Realitätsausschnitt der deutschen Arbeitswelt bildet.

Zur ökonomischen Dimension der Corona-Krise

Der absehbar größte wirtschaftliche Einbruch der Nachkriegsgeschichte ist Folge eines externen Schocks. Die Corona-Pandemie hat durch eine „Mischung aus staatlichen Vorgaben, Maßnahmen von Unternehmen zum Schutz der Gesundheit ihrer Beschäftigten und der Bevölkerung insgesamt sowie (...) individuellen Entscheidungen“¹⁸ einen Angebotsschock hervorgerufen, der zu einem Einfrieren vieler Wertschöpfungsprozesse führte (Einzelhandel, KFZ-Produktion, Maschinenbau, Gastronomie, Tourismus etc.). Gleichzeitig kam es zu einem Nachfrageschock, da die Kontaktbeschränkungsgebote, Vorsichtsverhalten, wegfallende Einkommen auch die Nachfrage nach vielen Waren und Dienstleistungen einbrechen ließen. Der externe Corona-Schock ist damit eine relativ ungewöhnliche Kombination von Angebots- und Nachfrageschock. Es wird sehr darauf ankommen, wie die Pandemieeindämmung gelingt und damit Einkommen und Wertschöpfung nachhaltig stabilisiert werden können. Davon hängt maßgeblich ab, ob es zu einer eher schnelleren (V-Form) oder langsameren Erholung (U-Form) kommen wird. Letztere droht insbesondere bei einer nachhaltigeren Nachfrageschwäche bzw. Vertrauenseintrübung bei Investoren und Konsumenten und/oder weiteren Shutdowns bei einer zweiten Infektionswelle. Schon jetzt ist absehbar, dass die Tiefe und

Dauer der Krise die Weltfinanzmarktkrise von 2008/2009 in den Schatten stellen. Dafür sprechen insbesondere die Krisensymptome auf den Auslands- und Binnenmärkten. Vor allem erweist sich für die deutsche Volkswirtschaft der Export als Achillesferse eines kommenden Aufschwungs. Die USA befinden sich im Sommer 2020 in einer scharfen Rezession, während die Wachstumsdynamik der chinesischen Volkswirtschaft vergleichsweise schleppend verläuft. Hinzu kommt, dass im europäischen Binnenmarkt fast alle Volkswirtschaften mit den wirtschaftlichen Folgen der Pandemie zu kämpfen haben. In Deutschland zeigt sich zwar wieder eine Belebung der Konsumnachfrage, aber die nach wie vor bestehenden Unsicherheiten üben weiterhin einen dämpfenden Einfluss aus.

BAZOOKA, WUMMS und Next Generation EU

Wie in der Globalen Finanzkrise ging auch in der Corona-Krise der Blick der nationalen Politik zunächst vor die eigene Haustür. Seinerzeit legte die Bundesregierung einen nationalen Bankenrettungsfonds über 480 Milliarden Euro auf. Im März 2020 beschloss der Deutsche Bundestag einen deutschen Corona-Schutzschild (BAZOOKA) über 350 Milliarden Euro Zuschüsse und Hilfen (156 Milliarden Euro Nettokreditaufnahme) sowie 820 Milliarden Euro für Beteiligungen, Kredite und Bürgschaften. Das im Juni folgende Konjunkturprogramm (WUMMS) umfasst 160 Milliarden Euro¹⁹.

Am 21.07.2020 beschloss der Europäische Rat das Rettungspaket „Next Generation EU“ mit einer Zuschuss-Kredit-Relation von 390:360. Im Ergebnis schreitet damit die Vertiefung der EU weiter voran. Das 750 Milliarden Euro umfassende Programm „Next Generation EU“ ist zwar strikt einmalig aufgesetzt, doch betritt es EU-Neuland. Die EU nimmt erstmals unmittelbar Kapitalmarktkredite auf. Die Rückzahlung für die 390 Milliarden Euro Zuschüsse erfolgt bis 2058 aus dem EU-Haushalt sowie aus ebenfalls neuen Eigenmittelquellen (Abgaben auf nicht-recycelten Kunststoff, CO₂-Ausgleich

17 FAZ vom 25.03.2020: Corona trifft die Ärmsten.

18 Ifo, Die volkswirtschaftlichen Kosten des Corona-Shutdown für Deutschland: Eine Szenariorechnung, in ifo Schnelldienst Digital 73(4), 2020020, Vorabdruck vom 22.03.2020.

19 Arne Heise hat die seitens der Bundesregierung geschürten Rettungspakete in SPW 3/2020 sehr übersichtlich dargestellt und bewertet. Dieser Bewertung schließen wir uns im Wesentlichen an (Heise, A. (2020): Jump-Start der europäischen Volkswirtschaften mit Wumms, in SPW 3/20230, S. 81 - 86).

für EU-Importe, eine EU-Digitalsteuer, Einnahmen aus dem EU-Emissionshandel, eine Finanztransaktionssteuer). Deutschland erkennt damit im Gegensatz zur Finanzkrise und der Diskussion um Euro- oder Coronabonds die Notwendigkeit eines EU-Finanztransfersystems de facto an. Hiermit öffnet Deutschland die Tür für eine eigene Rolle der EU auf dem Feld der Finanzpolitik (Kreditaufnahme, Eigenmittel durch EU-Steuern) und zahlt hierfür netto. Diese eigenständige Fiskalrolle ergänzt endlich die Euro-Geldpolitik der EZB und setzt alte Forderungen Frankreichs um. Es ist ein bemerkenswerter Fortschritt, dass Deutschland seine de facto hegemoniale Rolle in der EU in die EU-Institutionen einzubringen beginnt und damit zugleich de facto Macht zugunsten der EU und der anderen EU-Staaten abgibt.

Die zur Bewältigung der Corona-Krise bislang aufgewendeten Summen (Bazooka, Wumms und Next Generation EU) haben bislang alles in den Schatten gestellt, was seit dem Ende des 2. Weltkrieges in den wirtschaftlichen Kreislauf gepumpt wurde.

Gewiss kann man monieren, dass nicht noch mehr Finanzmittel in transformative Vorhaben, wie die Klimapolitik oder die Umgestaltung des Gesundheitssystems fließen, aber man sollte sich auch vergegenwärtigen, dass mit den Rettungspaketen in erster Linie zunächst die Pandemiebekämpfung und die Konjunkturstützung im Vordergrund stehen. Beide sind kurzfristig auf die Problemlösung orientiert. Transformative Projekte, deren Umsetzung eher mittelfristig wirksam sind, stehen daher bei der Bekämpfung der gesundheitlichen und der ökonomischen Folgen der Corona-Krise in der zweiten Reihe. Diese wichtigen, strukturellen Fragen gehören aber unbedingt im nächsten Schritt auf die politische Agenda.

Wie Phönix aus der Asche haben sich Politiker und Ökonomen, die sich zuvor jahrelang zu Sachwaltern der Verschuldungsbremse und einer Politik der „Schwarzen Null“ hervorgetan hatten, plötzlich als keynesianische Überzeugungstäter geoutet. Soeben noch als Teufelswerk gebrandmarkt Gedankenexperimente erweisen sich nun als probate Beiträge zur

Krisenbewältigung. In den linken Diskursen scheint gegenwärtig die Verlockung groß zu sein, zwischen linkem und rechtem Keynesianismus zu unterscheiden²⁰. Auch wenn diese Abgrenzung in anderen Kontexten durchaus sinnvoll ist²¹, plädieren wir in diesem Momentum des Abschieds von neoliberalen Logiken dafür, die Auseinandersetzung konkret über die inhaltliche Ausgestaltung keynesianischer Investitionsprogramme zu führen. Die demokratische Linke muss sich aber im Klaren sein, dass die gegenwärtig notwendigen Rettungspakete nur durch eine expansive Wachstumspolitik zu finanzieren sind, wenn nicht gegen die Krise angespart werden soll: Die Corona-Schulden „sollten möglichst langfristig finanziert und durch permanentes Überwälzen – also die Ausgabe neuer Anleihen zur Bedienung der alten – immer weiter in die Zukunft geschoben werden. So können Industriestaaten aus dem Schuldenproblem der Corona-Krise einfach herauswachsen“.²² Der Spielraum, um aus der Wachstumslogik auszubrechen, liegt damit alderling auf absehbare Zeit bei null.

Ende des Neoliberalismus?

Die Corona-Krise trifft auf ein insbesondere in Deutschland noch bestehendes wirtschaftstheoretisch und -politisch neoliberales Leitbild der Ökonomie. Der Neoliberalismus sieht den Markt als Grundkonstrukt zur Regelung individueller und hieraus resultierender gesellschaftlicher Bedarfs- und Entwicklungslinien, deren regelbasierte Selbststeuerungskräfte den politischen Steuerungen hinsichtlich Effizienz und ökonomischer Gerechtigkeit überlegen sind. Dies geht einher mit einer höchst negativen Einschätzung der Rolle des Staates. In dieser Ideologie befinden sich Märkte im Normalfall

20 Deppe, F. (2020): Linke in Gewerkschaften – gestern und heute, in: Die Freiheitsliebe, 17.04.2020.

21 Die Unterscheidung zwischen Links- und Rechtskeynesianismus bezieht sich unter anderem auf die beiden Hauptströmungen des Neokeynesianismus, die einerseits in der Tradition von John R. Hicks (konservative Variante) und andererseits in der Tradition von Hyman Minsky (progressive Variante) stehen. „Die wirtschaftlichen Empfehlungen (...) unterscheiden sich erheblich voneinander. Die eine Richtung behauptet, politische Maßnahmen, die auf Lohnstabilität zielen, seien Teil des Problems; die andere behauptet, diese Maßnahmen würden helfen, die Wirtschaft zu stabilisieren“ (Stiglitz J. (2010): Im freien Fall, München, S. 329), vgl. auch Minsky, H.P. (1990): John Maynard Keynes – Finanzierungsprozesse, Investition und Instabilität des Kapitalismus, Marburg.

22 Südekum, J. (2020): Wir dürfen die Corona-Schulden nicht zurückzahlen, in Handelsblatt vom 10.05.2020.

im Gleichgewicht und bei Störungen führen die Selbstheilungskräfte des Marktes zurück zum Gleichgewicht. Die Einkommensverteilung entspricht der Qualifikation bzw. Leistungsfähigkeit der Erwerbspersonen (Humankapital). Der internationale Freihandel ist immer die überlegene Alternative. Bei Marktversagen verschlimmern staatliche Eingriffe nur das Gesamtergebnis (Privat geht vor Staat). Vorrang der Geld- vor der Fiskalpolitik. Trickle-down-Effekte sorgen dafür, dass Positionsgewinne der einkommens- und vermögensstarken Klasse nach unten durchgereicht werden. Private Renditen entsprechen durch den wundersamen Mechanismus der „invisible hand“ immer den gesellschaftlichen Renditen. Bereits vor der Corona-Krise waren Anzeichen dafür erkennbar, dass die Götterdämmerung des Neoliberalismus angebrochen war. Nach der globalen Finanzkrise (2008/2009) hat die Pandemie dieser Ideologie eine weitere Niederlage beigebracht: „Schwere Krisen sind immer Krisen der dominanten wirtschaftswissenschaftlichen Weltanschauung. Diese Krise bedeutet das Ende des Neoliberalismus auf allen Ebenen. (...) Es fängt bereits an auf der politischen Ebene. Politiker wenden sich ab von der Losung ‚mehr privat, weniger Staat‘. Sie wenden sich auch ab von den Sparregeln, von der Schuldenbremse und dem Nulldefizit.“²³

Wie stark das neoliberale Leitbild auch in bestimmten Teilen der Wirtschaftswissenschaften erodiert ist, zeigt sich auch an der (selbst)kritischen Auseinandersetzung mit der individualistischen Axiomatik der neoklassischen Theorie: „Die etablierte Arbeitsteilung westlicher Gesellschaften, dass innerhalb eines demokratisch legitimierten Rahmens Verbraucher individualistische Entscheidungen treffen, um ihren persönlichen Nutzen zu maximieren, und Unternehmen versuchen, ihre Gewinne zu maximieren, ermöglicht es uns häufig nicht, wirtschaftlichen und sozialen Erfolg miteinander zu vereinbaren. Individualistisches Handeln führt in unserer globalisierten, stark vernetzten, wirtschaftlich und ökologisch integrierten Welt

oft zu massiven globalen Problemen, indem es eine ungerechte Verteilung des Reichtums befördert, soziale Umbrüche und Finanzkrisen erzeugt sowie die Zerstörung der Umwelt nach sich zieht. Nur wenn auch sozialer Zusammenhalt, Befähigung (sein Schicksal selbst in die Hand zu nehmen, A.B.) und der Umwelt- und Klimaschutz als menschliche Grundbedürfnisse mit einfließen in den Wohlstandsbegriff und es gelingt, den sozialen mit materiellem Wohlstand zu verbinden, können Wirtschaft und Gesellschaft gemeinsam krisenfest werden“²⁴.

Vor allem ist aber zu vermuten, dass die Pandemie der Renaissance des Staates einen Vorschub leistet: „der Staat muss langfristig für eine entsprechende Gesundheits-Infrastruktur sorgen, aber auch insgesamt das dynamische Geschehen der Weltgesellschaft mit Regeln versehen“²⁵. Die Vorstellung vom nahenden „Tod“ des Nationalstaates ist heute weniger haltbar denn je.²⁶

Ob die neoliberale Ideologie aber tatsächlich von der politischen Agenda verschwindet, wird im Wesentlichen von den konkreten Kräfteverhältnissen und der Fähigkeit der demokratischen Linken abhängen, überzeugende Zukunftskonzepte zu entwickeln und politisch-praktisch an den Start zu bringen (Hegemonie). Es gibt mit der Corona-Krise keinen automatischen Trendbruch, der uns aus den ausgetretenen Pfaden der Vergangenheit herausführt. Die Corona-Krise öffnet aber das Zeitfenster für einen Pfadwechsel jenseits neoliberaler Politik und einer Hinwendung zu einer fortschrittlichen bzw. emanzipatorischen Politik, die dem Staat, der in den letzten Jahrzehnten geschliffen wurde, wieder seine soziale und demokratische Rolle zuweist. Wenn dieses Zeitfenster erfolgreich genutzt wird, kann es gelingen, eine Ökonomie des Alltagslebens mit einer breitgefächerten öffentlichen Daseinsvorsorge und qualitativ hochwertigen Infrastrukturen durchzusetzen²⁷. In dieser Krise ist für jedermann zu

23 Schulmeister, St. (2020): Diese Krise ist das Ende des Neoliberalismus (Interview), in: Moment vom 25.03.2020, siehe auch: Stiglitz, J. (2019): „Das Ende des Neoliberalismus und die Wiedergeburt der Geschichte, in: Project Syndicate vom 4.11.2019.

24 Snower, D.: Wie wir aus der Corona-Krise gestärkt hervorgehen, in: FAS vom 02.08.2020.

25 Reckwitz, A. (2020): Die Corona-Krise ..., a.a.O.

26 Gänger, St., Osterhammel, J. (2020, a.a.O., S. 82.

27 Foundational Economy Collective (2019): Die Ökonomie des Alltagslebens, Berlin (Mit einem Vorwort von Wolfgang Streeck).

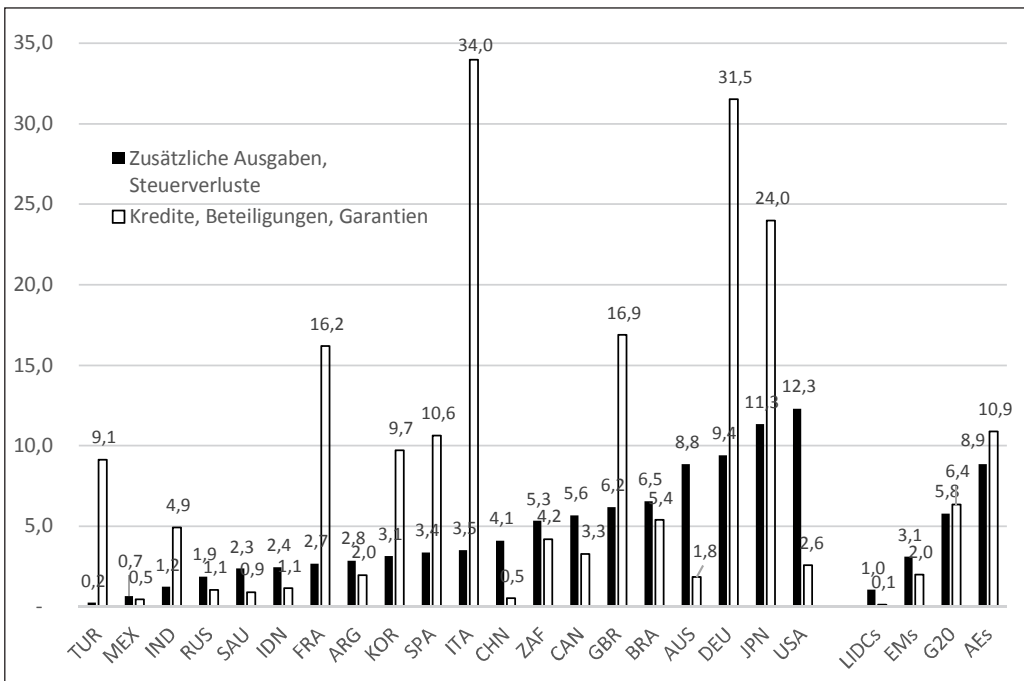
erkennen, dass es Güter und Dienstleistungen (einschließlich Infrastrukturen) gibt, die für die Lebensqualität sowie für die Nachhaltigkeit und Widerstandsfähigkeit einer Gesellschaft von lebenswichtiger Bedeutung sind. In der künftigen gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung wird es darum gehen, diese Gemeingüter dem Profitspiel der Marktkräfte zu entziehen und sie wieder in öffentlicher oder genossenschaftlicher Hand zu verwalten. Dazu gehört auch die Entscheidung, welche „systemnotwendigen“ Güter und Dienstleistungen in Zukunft wieder in Europa erstellt werden sollten.

Umgekehrt droht die immense Kraftanstrengung der staatlichen Haushalte zur Bewältigung der Corona-Krise (s. Abb. 1) die staatliche Fis-

zung festzulegen. Wider die Erkenntnisse zum Gesundheitssystem in der Corona-Krise sehen Krankenhausprivatisierungsfans schon wieder goldene Zeiten heraufziehen.²⁸ Angesichts der Vor-Corona-Diskussion zur Finanzierung struktureller öffentlicher Investitionen²⁹ explodiert die Staatsverschuldung durch die Antikrisenpolitik in der Corona-Zeit geradezu. Die seinerzeit (vor 6-18 Monaten!) diskutierten Strukturprobleme im Bereich der öffentlichen Infrastruktur und der Daseinsvorsorge sind hierdurch aber keineswegs behoben.

Insbesondere die Kommunen drohen in dieser Situation den finanziellen Anschluss zu verlieren. Zweimal scheiterte Finanzminister Olaf Scholz mit einem kommunalen

Abb. 1: Globale Aufwendungen gegen Corona und Rezession (in Prozent des BIP)



In Prozent des BIP (Stand: 12.06.2020), Quelle: IMF, WEO, Juni 2020, S. 16 (LIDCs = Low Income Developing Countries, EM = Emerging Markets, AEs = Advanced Economies)

kalpolitik zu erschöpfen. Nach der Krise gilt die Schuldenbremse in Deutschland und der EU wieder und begrenzt die Finanzierung struktureller öffentlicher Investitionen durch Kredite. Die Versuchung ist zumindest bei einigen Landesregierungen bereits heute groß, die Bevölkerung auf einen Kurs der Haushaltskonsolidie-

28 Z.B. Boris Augurzky (RWI): „Wir erleben einen massiven Konjunkturerinbruch, und die Schuldenlast des Staates steigt. Also werden die Kassen 2022 leer sein, und man wird wieder darüber nachdenken müssen, wie das Gesundheitssystem effizienter werden kann“. <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/dienstleister/krankenhausmarkt-leere-betten-leere-kassen-die-krise-fuer-die-kliniken-kommt-erst-noch/25784122.html>.

29 S. exemplarisch Fuest, Clemens; Südekum, Jens; Rietzler, Katja; Hüther, Michael; Schmidt, Wolfgang (2019): Fehlt hier das Geld? Streitgespräch, in: Die Zeit vom 27.06.2019.

Entschuldungsprogramm an der Union. Der Unmut auch CDU-geführter Kommunen ist groß. Der kommunale Anteil an den öffentlichen Investitionen ist in den letzten Jahren von 65 auf 55 Prozent gefallen. Zudem erfolgte dies mit einer tendenziell zunehmenden regionalen Ungleichheit von Süd nach Nord bzw. West nach Ost und zwischen Stadt und Land. Es drohen hier große Räume von der allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung abgehängt zu werden. Dies widerspricht einerseits den grundgesetzlichen (Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, Art. 72 GG) und den EU-Vertragsgrundlagen (Kohäsion, Art 174 AEUV). Andererseits birgt diese Exklusion von Gruppen und Regionen auch Radikalisierungspotential rechtspopulistischer Parteien.

Politische Perspektiven nach Corona

Wenn es nach der politischen Agenda der Konservativen (einschließlich Christdemokraten) und Liberalen in Europa geht, droht die Antikrisenpolitik zur restaurativen Politik zu verkümmern. Die hohe Staatsverschuldung könnte in eine lange Konsolidierungsphase münden. Die Strukturinvestitionen blieben auf halber Strecke hängen und drohen angesichts der vermeintlichen Konsolidierungszwänge zu versanden. Zudem erzwingt die Krise in dieser Logik eine Politik der Wiederherstellung alter Beschäftigungs-, Investitions- und Konsummuster. Die Kreuzfahrt-Industrie erhofft sich eine baldige Rückkehr zum fragwürdigen Kreuzfahrttourismus, Industrie und Landesregierungen der Automobilländer fordern Abwrackprämien auch für Verbrenner, usw.

Aber nach wie vor besteht ein Zeitfenster für die Durchsetzung einer progressiven Politik. Oliver Nachtwey hat zurecht darauf hingewiesen, dass die ökonomische, soziale und kulturelle Vollbremsung an die Oberfläche gebracht hat, was sonst eher verborgen bleibt: „wer unsere Gesellschaft wirklich zusammenhält, wer für die tägliche Reproduktion, die Gesundheit, die Pflege, die Ernährung sorgt. Es sind die gleichen, die auch die höchsten persönlichen Risiken tragen müssen. Auf die meisten Berater, Werber kann man gerade getrost verzichten, also auf all diejenigen mit, wie David Graeber es

genannt hat, „Bullshitjobs“. Wenn die Corona-Krise irgendwann überwunden sein sollte, spätestens dann müssen wir den Maschinenraum der Gesellschaft sanieren.“³⁰

Diese Politik braucht auch eine Finanzgrundlage. Entweder über weitere Verschuldung, dies erfordert die Öffnung oder Abschaffung der deutschen und EU-Schuldenbremsen. Oder durch eine Erhöhung der Staatseinnahmen durch mehr Steuergerechtigkeit in Deutschland³¹ oder international³², bessere Besteuerung der neuen, grenzüberschreitenden Wachstumsbranchen (Digitalsteuer usw.) oder eine Einmalbesteuerung zur Bewältigung der Pandemie und der Strukturkrise³³. Eine weitere Perspektive bietet die Etablierung einer Fondsökonomie, auf deren Basis große Investitionssummen zu mobilisieren sind³⁴. Die Chancen für eine Neuausrichtung in vielen politischen Feldern sind durch Corona erheblich gewachsen. Doch die Ambivalenz zwischen Restauration oder wirklicher Reform ist ebenfalls unverkennbar.

In dem sehr anregenden Buch „Trotzdem“³⁵ von Ferdinand von Schirach und Alexander Kluge findet sich der bemerkenswerte Satz: „Vielleicht zum ersten Mal in der Geschichte der modernen Staaten haben wir gesehen, dass Politik alles ermöglichen kann. Nie wieder wird deshalb ein Politiker zu einer jungen Frau sagen können, Klimaschutzmaßnahmen seien nicht zu verwirklichen, weil sie zu teuer sind, zu kompliziert oder die Gesellschaft zu sehr einschränken. Wir können offenbar alles, wenn Gefahr droht, das haben wir jetzt gelernt.“³⁶ ■

30 Nachtwey, O. (2020): Corona und Klasse, in: (<https://philomag>) Philosophie Magazin.

31 DIW, Wer trägt die Steuerlast in Deutschland? Steuerbelastung nur schwach progressiv, DIW-Wochenbericht 51+52/2016, S. 1207 ff.

32 Scholz fordert Mindeststeuer für Konzerngewinne, Wirtschaftswoche 21.10.2018; „Mindestbesteuerung bringt Fairness ins internationale Steuerrecht“, Rede von Bundesfinanzminister Olaf Scholz auf dem Symposium zur Internationalen Steuerpolitik am 08.05.2020 (<https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Reden/2019/2019-05-08-150-Jahre-DPA.html>) oder diverse Stellungnahmen von Sven Giegold (z.B. <https://sven-giegold.de/steuerdumping-superreiche-beenden/>).

33 Carsten Sieling: Gerechtfertigt wachsen mit einer Abgabe auf große Vermögen, in Frankfurter Rundschau vom 21.07.2020.

34 Windels, T., Brandt, A. (2019): Öffentliche Investitionen und Schuldenbremse – Gestaltungsspielräume durch Fondslösungen, in SPW 6/2020, S. 28 - 36.

35 Schirach, von, F., Kluge, A., (2020): *Trotzdem*, München.

36 Ebenda, 73.f.